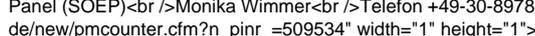




## Deutsche Wirtschaft leidet nur kurzzeitig unter der Euro-Krise

Deutsche Wirtschaft leidet nur kurzzeitig unter der Euro-Krise  
Nach einer Schwächephase im zweiten Halbjahr wächst das Bruttoinlandsprodukt 2013 wieder stärker - DIW-Forscher warnen vor Risiken im Bundeshaushalt  
Die europäische Staatsschuldenkrise und die schwächere Weltkonjunktur belasten die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 2012; bereits im kommenden Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt jedoch wieder stärker wachsen. Das prognostiziert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) in seinen "Herbstgrundlinien 2012". Demnach rechnen die DIW-Forscher für das laufende Jahr nur noch mit einer Wachstumsrate von 0,9 Prozent, 2013 dürfte die Rate mit 1,6 Prozent schon wieder deutlich höher liegen. "Der Gegenwind hält zunächst an, Produktion und Auftragseingänge schwächen sich ab und auch am Arbeitsmarkt hat sich die Lage etwas eingetrübt", sagt DIW-Konjunkturchef Ferdinand Fichtner. "Das größte Risiko für die exportabhängige deutsche Wirtschaft ist noch immer die Euro-Krise, deren Eskalation durch die Interventionen der Europäischen Zentralbank weniger wahrscheinlich, aber keinesfalls gänzlich ausgeschlossen ist."  
Krise im südlichen Euroraum belastet deutsche Exporte  
Dämpfend auf das Wirtschaftswachstum wirkt vor allem die weiter sinkende Nachfrage nach deutschen Produkten aus den Krisenländern des Euroraums. Aber auch im Rest der Welt entwickelt sich die Nachfrage zunächst deutlich schwächer. "Vor allem in den Schwellenländern und den USA lässt die Konjunktur merklich nach", so Fichtner. "Insbesondere in China und Brasilien reagieren die Regierungen aber mit expansiver Geldpolitik und Konjunkturpaketen auf die Abschwächung. Wir gehen deshalb davon aus, dass die Konjunktur dort ab der Jahreswende wieder etwas anzieht", so Fichtner. "Das dürfte sich positiv auf die deutsche Exportwirtschaft auswirken."  
Im Zuge der Krise im Euroraum haben sich die Unternehmen mehr und mehr mit Investitionen in Ausrüstungen zurückgehalten, woran sich zunächst wohl nur wenig ändern wird. "Die günstigen Finanzierungsbedingungen entfallen derzeit nicht ihre Wirkung", so Deutschland-Experte Simon Junker. "Das spricht für eine breite Verunsicherung bezüglich der Absatzaussichten." Erst ab dem Jahreswechsel, mit der konjunkturellen Belebung der Weltkonjunktur und den damit einhergehenden zusätzlichen Nachfrageimpulsen aus dem Ausland, dürfte das Finanzierungsumfeld stärker durchschlagen und die Investitionen anschieben.  
Privater Konsum profitiert von guter Beschäftigungslage und moderater Inflation  
Vergleichsweise robust präsentiert sich weiterhin der deutsche Arbeitsmarkt: Zwar spiegelt sich auch hier die schwächere wirtschaftliche Dynamik wider, die Zahl der Arbeitslosen wird leicht von jahresdurchschnittlich 2,9 Millionen im Jahr 2012 auf gut drei Millionen im kommenden Jahr steigen. Gemessen an der schwachen Produktion dürfte sich der Beschäftigungsabbau jedoch in Grenzen halten, denn die Unternehmen sehen sich aufgrund der zunehmenden Knappheit an Arbeitskräften veranlasst, ihre Belegschaft auch während konjunkturell schwächerer Monate zu halten und verstärkt auf arbeitszeitverkürzende Maßnahmen wie Überstundenabbau oder Kurzarbeit zurückzugreifen. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen nach DIW-Einschätzung im Jahr 2013 weiter auf 41,7 Millionen Personen zunehmen.  
"Die Löhne ziehen merklich an und die Einkommenszuwächse kommen verstärkt in der breiten Bevölkerung an. Hier ist die Konsumneigung relativ hoch, was den privaten Verbrauch merklich anschiebt. Der Konsum entwickelt sich zunehmend zur tragenden Säule des Wachstums", sagt DIW-Ökonom Junker. Kaufkraftstützend wirken zudem moderate Inflationsraten: Ohne die schwankungsanfälligen Komponenten Energie und Nahrungsmittel stiegen die Preise zuletzt nur um knapp anderthalb Prozent. Im Gesamtjahr 2012 wird die Teuerungsrate bei zwei Prozent liegen und im kommenden Jahr aufgrund geringerer Energiepreissteigerungen sogar leicht sinken.  
Haushaltskonsolidierung noch nicht nachhaltig  
Bereits in diesem Jahr wird der öffentliche Gesamthaushalt mit einem Überschuss abschließen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird dieser Überschuss bei 0,3 Prozent liegen und auch im kommenden Jahr dort verharren. Damit wird die Konsolidierung der Staatsfinanzen im Jahr 2013 nicht weiter vorangetrieben. Insbesondere der Bundeshaushalt ist nach wie vor unterfinanziert. "Gerade im Hinblick auf das gute konjunkturelle Umfeld wäre eine stärkere Defizitrückführung angemessen gewesen", betont DIW-Finanzexpertin Kristina van Deuverden. "Vor allem auch weil die Finanzkrise den Bundeshaushalt stärker belasten kann als bisher angenommen, ist es umso bedenklicher, dass das Defizit jetzt nicht zurückgefahren wird", so van Deuverden.  
Zurzeit sind die Zinsausgaben des Staates niedrig. Die Bundesanleihen werden von Kapitalgebern derzeit als vergleichsweise sichere Anlage betrachtet, weshalb der Bund zu äußerst günstigen Konditionen Kredite aufnehmen kann. "Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Anleger auf Dauer mit niedrigen Renditen zufrieden geben werden; dann werden auch die Zinsausgaben, die zurzeit das strukturelle Defizit mindern, kräftig zunehmen", warnt van Deuverden: "Der Konsolidierungsprozess ist noch nicht abgeschlossen, die Finanzpolitik noch nicht nachhaltig."  
Pressestelle  
Renate Bogdanovic  
Nicole Walter  
Telefon +49-30-897 89-249, -250 oder -252  
Mobil +49-174-319-3131  
Mobil +49-174-183-5713  
presse@diw.de  
Pressereferentin Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)  
Monika Wimmer  
Telefon +49-30-89789-251  
Mail: mwimmer@diw.de  


### Pressekontakt

Pressestelle

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

### Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.